„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochsausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

„Unschätzbare Vorposten des Deutschtums"

In der deutschen Zeitschrift „Die Lesestunde" veröffentlichte kürzlich ein gewisser Otto Schabel einen Artikel, der überall in der Welt, wo Deutschsprechende leben, bekannt werden sollte. Der Verfasser behandelt nämlich ein Thema, das die Auslandsdeutschen in allen Ländern lebhaft interessieren muß.

Einige Auslandsdeutsche sind mitunter etwas merkwürdige Menschen. Sie erklären vielleicht im Brustton der Ueberzeugung, sie seien bessere Deutsche als jene, die niemals den Wind der Fremde sich um die Nase wehen ließen. Sie können sich manchmal in einen wahren Feuereifer hineinreden, wenn es gilt, ihren Verein zu verteidigen. Sie mögen sogar im tiefsten Herzensgrunde davon durchdrungen sein, daß die Erhaltung deutscher Sprache, guter deutscher Gesittung und deutscher Kultur eine ihrer Hauptaufgaben im Auslande ist, daß sie vor ihrem deutschen Gewissen dazu verpflichtet sind, die kostbaren Schätze ihres Volkstums auch auf spätere Generationen zu vererben. Das sind gewiß schöne und lobenswerte Eigenschaften. Doch fehlt leider manchen von jenen, die so begeistert über ihr Deutschtum sprechen können, das richtige Verständnis und die gebührende Wertschätzung für ihre auslandsdeutsche Presse. Für diese haben sie vielleicht nur Kritik oder Gleichgültigkeit übrig, weil sie nicht genügend Einsicht in die Schwierigkeiten und den oft harten Existenzkampf ihrer deutschen Zeitung haben.

Was in einem rein deutschen Lande eine Selbstverständlichkeit ist, wird in der Fremde nicht selten zu einem beständigen Opfern und Ringen. Der Schriftleiter einer deutschen Zeitung in Oesterreich, Deutschland oder der Schweiz ist in der glücklichen Lage, eine reiche Auswahl von deutschem Nachrichtenmaterial, von Unterhaltungslektüre für seine Leser, ja sogar von fertigen Leitartikeln, mitunter aus der Feder bedeutender Schriftsteller oder Politiker, täglich auf seinem Redaktionstisch vorzufinden. Er braucht nicht erst seine Nachrichten zu übersetzen; er hat nur die richtige Stoffauswahl zu treffen und macht gelegentlich seine redaktionellen Bemerkungen zu diesem oder jenem Ereignis. Ganz anders spielt sich die Arbeit des Redakteurs einer auslandsdeutschen Zeitung ab, ganz abgesehen davon, daß er im Bewußtsein seiger Verantwortung noch manch andere Faktoren in Rechnung stellen muß als sein Berufskollege in einem deutschen Lande. Es würde zu weit führen, wollte man den Vergleich zwischen deutscher Zeitungsarbeit in der Heimat und solcher im Auslande weiterspinnen. Auch die geschäftliche Seite eines deutschen Verlagsunternehmens im Auslande muß anders beurteilt werden. Manches Opfer muß gebracht und auf manchen geschäftlichen Vorteil oder Gewinn verzichtet werden, weil der Verlag es sich zur Ehrensache gemacht hat, seinem Ziele und Zwecke, der Herausgabe einer deutschen Zeitung, treu zu bleiben.

Doch lassen wir Otto Schabel zu Worte kommen, der unter der Ueberschrift „Die auslandsdeutsche Presse und ihre Kulturaufgaben", u. a. folgendes schreibt:

„Ueberall, wo Deutsche sich jenseits der Grenzen ihres Vaterlandes in kleineren oder größeren Zirkeln angesiedelt haben, überall, wo sie sich aus hartem Lebensdrang und innerem Schicksal inmitten fremder Volksgruppen eine zweite Heimat schufen, entstanden aus Zusammengehörigkeitsgefühl oder aus dem Wunsch des Zusammenschlusses deutsche Zeitungen. Ueberall, wohin die deutsche Sprache dringt, finden wir deutsche Blätter, und mögen es oft auch nur Blättchen sein vom kleinsten Ausmaß eines dörflichen Wochenblattes. Verwundert und beinahe ergriffen halte ich den „Boten aus dem Urwald" in der Hand, der in einer fernen brasilianischen Siedlung deutscher Auswanderer erscheint, oder die „Deutsche Zeitung in der Mandschurei": Wie rührend sind diese Blätter Träger unvergessener Sehnsucht, des Heimwehs und zugleich Ausdruck des starken Willens, das Deutschtum zum stillen, tapferen Bekenntnis seiner Eigenheit in Sprache und Lebensgewohnheit zu sammeln, dort auf den Kaffeeplantagen unter den Indianern, hier unter Russen, Chinesen und Japanern! . . .

„Trotzdem kämpfen die deutschsprachigen Blätter mit ganz geringen Ausnahmen, einen zähen Lebenskampf. In einer ihnen nicht immer günstigen Stimmungsatmosphäre müssen sie ihren stillen, stetigen Kampf führen gegen die bedrohliche Assimilierung des deutschen Wesens an das der Fremde. Wer beispielsweise deutschsprachige Blätter Nordamerikas aufschlägt, wird zunächst meist befremdet sein über den Unterschied zwischen der Heimatpresse und dieser hier . . . Er findet aber auch bei näherem Zusehen gerade in den größten dieser Blätter, die sich über das billige Alltagsniveau zu erheben suchen, die lebhaften Bemühungen, den Geist der deutschen Heimat jenseits des Ozeans in vielen kleinen Erinnerungen und Zitaten wieder aufzufrischen . . . Hier wird eine unbewußte Kulturpropaganda getrieben, für die der Deutsche nicht dankbar genug sein kann, hier wird die lebendige Brücke zum Volkstum der Heimat geschaffen und erhalten.

„Die Bedeutung, die der Pionierarbeit deutschsprachiger Zeitungen im Auslande in volklicher und kultureller Hinsicht zukommt, kann gar nicht wichtig genug eingeschätzt werden . . . Die deutschen Blätter sind unschätzbare Vorposten des Deutschtums, Sammelstätten der Deutschen, eine Ergänzung des deutschen Lebens der Ausgewanderten, ein Stück Heimatersatz! Gewiß, sie haben ihre Landsmannschaften, ihre geselligen Vereinigungen, ihre Klubs, ihre Gemeinden, aber sie brauchen auch die deutsche Zeitung, die ihnen in der Ruhe des Hauses im Mutterlaut der eigenen Sprache vom Leben drinnen und draußen berichtet.

„In die Hände der deutschen Auslandszeitungen ist das wertvollste Instrument gelegt, den deutschen Geist in Sprache und Anschauung zu erhalten, zu fördern und zu vermitteln. Sie helfen mit dafür sorgen, daß die deutsche Sprache auch in den Kindern und Kindeskindern allen Assimilierungsgefahren zum Trotz lebendig bleibt."

Wenn alle jene, die sich in Canada Deutsche oder Deutschsprechende nennen, Otto Schabels Wort beherzigen wollten, sollte nicht nur die Erhaltung der deutschcanadischen Presse, sondern sogar ihr weiterer Ausbau eine verhältnismäßig leichte Sache sein.

Kroatische Hetze gegen das deutsche Schulwesen in Südslawien

Von besonderer Seite wird dem deutschen Auslandinstitut geschrieben:

Vor einigen Wochen wurde nach langen Bemühungen vom Belgrader Unterrichtsministerium endlich die Errichtung von etwa 50 neuen deutschen Schulabteilungen in Südslawien bewilligt, darunter auch in einigen Orten im kroatischen Siedlungsgebiete (Slawonien). Während nun bisher aus den serbischen Landesteilen keine Meldungen über feindliche Akte gegen die Neugründung der von Belgrad bewilligten deutschen Schulabteilungen laut wurden, häufen sich die Nachrichten über ein den deutschen Schulbestrebungen feindliches Vorgehen der Kroaten, was um so mehr wunder nehmen muß, als die Kroaten stets großen Wert auf deutsche Freundschaft legten und besonders im Auslande stets um deutsche Sympathien werben. Freilich mußte man schon vor einigen Jahren die Enttäuschung erleben, daß die Agramer Landesregierung im Gegensatz zur Landesbehörde im serbischen Landesteil, der Wojwodina, die Tätigkeit des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes in ihrem Bereiche nicht duldete und alle deutschen Schulwünsche in Kroatien-Slawonien unerfüllt blieben.

Nun zeigt es sich, daß die ablehnende Haltung der Kroaten gegen das deutsche Schulwesen unverändert fortbesteht. In Zrig bei Ruma, wo 34 deutsche Kinder für die nun bewilligte deutsche Klasse namhaft gemacht worden waren, hat der kroatische Pfarrer gegen die Schule eine derartige Agitation eingeleitet, daß sich viele deutsche Eltern einschüchtern ließen und infolgedessen der Bestand der deutschen Klasse gefährdet ist. In Podjinci bei Vukovar, einem von Kroaten und Deutschen besiedelten Dorfe, wo etwa 40 deutsche Schulkinder angemeldet waren, wurde die Schulklasse eröffnet, die Kroaten waren darüber jedoch so erbost, daß — nächtlicherweile die Scheiben an der Schule eingeschlagen wurden. In mehreren anderen Orten wird auch von den mit dem Unterrichte in den neuen deutschen Klassen betrauten Lehrern deutscher Abstammung, jedoch kroatischer Gesinnung gegen die deutschen Schulen gehetzt.

Die Kroaten betätigen sich also deutschfeindlicher als die Serben. Bei aller Sympathie für den kroatischen Volksstamm muß auch ihm gegenüber gesagt werden, daß diese von deutscher Seite nur dann weiter gepflegt werden kann, wenn den bescheidenen deutschen Kulturbestrebungen in ihrem Lande jenes Verständnis entgegengebracht wird, das selbst von Belgrad bekundet wird und auf das die Deutschen im Lande ein natürliches und gesetzliches Recht haben.

Im Burgenlande, dem einzigen deutschen Lande, in dem es eine kroatische Minderheit gibt, genießen die Kroaten ein eigenes, ihren Wünschen voll angepaßtes Schulwesen mit eigener kroatischer Schulinspektion und Einrichtungen für kroatische Lehrerausbildung. Fünf Kroaten sitzen gegenwärtig im burgenländischen Landtage und stellen sogar einen Landesrat, ein Mitglied der Landesregierung. Vielleicht darf man diese kroatische Führer bitten, auf ihre Volksgenossen im Mutterlande entsprechenden Einfluß zu nehmen und Vernunft und Toleranz zu predigen.

Weltumschau

Fast 100 Millionen für Deutschland. Auf $94,725,000 stellte sich — laut einem Bericht Dr. Max Winklers, des Vizepräsidenten von Bertron, Griscom & Co. in New York — im vergangenen Jahre der Gesamtbetrag der auf dem amerikanischen Kapitalmarkt abgesetzten deutschen Obligationen. Direkte Kapitalsanlagen und kurzfristige Darlehen sind hierbei nicht einbegriffen. Jene Summe repräsentiert 28.37 Prozent des Gesamtbetrages amerikanischen Geldes, das die Ver. Staaten im Jahre 1930 im Auslande anlegten, und geht um 90 Prozent über den Betrag des im vorausgegangenen Jahre von deutscher Seite in Amerika geborgten Kapitals ($49,500,000) hinaus.

Immerhin ist, verglichen mit den weiter zurückliegenden Jahren, eine scharfe Abwärtsbewegung der Kurve amerikanischer Finanzierungstätigkeit im Deutschen Reiche festzustellen. Allein im Jahre 1926 — dem Rekordjahr auf diesem Gebiete — wurden in den Ver. Staaten deutsche Anleihen im Betrage von insgesamt rund 300 Millionen untergebracht. Hauptgeldgeber Deutschlands war im vorigen Jahre (infolge des Darlehensgeschäfts der deutschen Regierung mit Kreuger, dem Zündhölzchen-Magnaten, und dem „Schwedentrust") Schweden mit $124,500,000. An dritter Stelle stand Holland ($39,500,000), an vierter die Schweiz ($17,850,000) und an fünfter England ($17,500,000).

Dr. Winkler weist darauf hin, daß das Ausland (vor allem Schweden) dem Reiche vielfach mit amerikanischem Gelde unter die Arme greift, der amerikanische Geldgeber sich also scheue, den Deutschen sein Geld direkt zu 7 Prozent oder einem noch besseren Zinsfuß vorzustrecken, ihnen aber indirekt Darlehen gewähre und sich dabei mit 6 Prozent begnüge.

Frankreich trat im Berichtsjahre zum ersten Male als Geldgeber Deutschlands auf und zwar mit $26,650,000. Vor kurzem ist bekanntlich eine größere Beteiligung des französischen Geldmarktes an der deutschen Kapitalversorgung im Auslande zustandegekommen.

Hindenburg droht mit Rücktritt. Eine Erklärung von äußerster Wichtigkeit wurde von dem deutschen Reichsminister für Landwirtschaft und Volksernährung Martin Schiele mit der Zustimmung des Reichspräsidenten von Hindenburg erlassen. Sie war eine Erwiderung auf die Behauptung des Führers der Deutschnationalen Alfred Hugenberg, der Reichspräsident habe versucht, die Deutschnationalen zu veranlassen, nicht für den Widerruf der vom Kabinett Brüning erlassenen Notverordnungen zu stimmen, da er sich sonst bestimmt sehen könnte, sein Amt niederzulegen.

Herr Schiele sagt nun in seiner Erklärung: „Reichspräsident von Hindenburg hat mich ausdrücklich ermächtigt, zu konstatieren, daß nach seiner Ansicht nach Aufhebung der erlassenen Notverordnungen durch den Reichstag für ihn nur die Alternative bleiben würde, entweder den Reichstag aufzulösen oder aber das Amt des Reichspräsidenten niederzulegen. Angesichts der ernsten Folgen einer Auflösung des Reichstags ist der Reichspräsident nach reifer Erwägung zu dem Entschluß gekommen, daß es seine Pflicht sein würde, über die Niederlegung seines Amtes nachzudenken, mit anderen Worten, er würde resignieren."

Damit ist der vollständige Bruch zwischen den Deutschnationalen Hugenbergs und den Nationalsozialisten Hitlers zur Tatsache geworden. Der Reichspräsident hat lange gezögert, ehe er diesen entscheidenden Schritt tat. Seine Androhung eines eventuellen Rücktritts vom Amt erfolgte übrigens bereits im letzten Herbst, als der Reichstag über einen etwaigen Widerruf der Notverordnungen beriet, war aber damals nicht für die breite Oeffentlichkeit, sondern nur für die Führer der Deutschnationalen bestimmt. Daß er nun dem Minister Schiele gestattet hat, diese Drohung bekannt zu geben, muß, als ein Beweis dafür aufgefaßt werden, daß er nachgerade seine Geduld angesichts der Haltung dieser Fraktion verloren hat. Erst kürzlich hat er einen Appell an die Deutschnationalen gerichtet, die bekanntlich seiner Zeit nach der Revision der Geschäftsordnung, 41 Köpfe stark, zusammen mit den 107 Nationalsozialisten, aus dem Reichstag abrückten, sich ihrer Pflicht bewußt zu werden, in den Reichstag zurückzukehren und der geplanten Diktatur der Regierung zum Siege zu verhelfen. Eine glatte Absage war die Antwort. Sich bewußt, daß weitere Unterhandlungen zwecklos sein würden, hat dann der Reichspräsident die Erlaubnis erteilt, die Androhung seines Rücktritts bekannt zu geben.

Diese Bekanntgabe wird natürlich von der Reichsregierung mit Freuden begrüßt, da sie, angesichts des gewaltigen Einflusses, dessen sich der Reichspräsident unter den Massen erfreut, sehr zur Stärkung des Kabinetts beitragen muß.

Brüning warnt vor Bildungsdünkel. Deutschland hat zuviel Wert auf intellektuelle Fragen, höhere Bildung und Diplome und zu wenig Wert auf Charakter und Arbeitsfähigkeit gelegt, erklärte Reichskanzler Heinr. Brüning in einer Versammlung von Studenten, Professoren und Reichstagsmitgliedern anläßlich des 10. Jahrestages der Gründung des Zentralausschusses der Studentenhilfe.

„Es ist eine Absurdität und der Auswuchs einer ungesunden Ueberschätzung intellektueller Kenntnisse, daß für eine immer länger werdende Liste von Berufen eine Hochschul- oder Universitätsbildung verlangt wird," sagte der Reichskanzler. „Wenn jungen Leuten, wo sie auch immer um Beschäftigung nachsuchen, Diplome und Berechtigungsscheine abverlangt werden, so entwickelt sich in ihnen und der Jugend des Landes im allgemeinen die völlig falsche Ueberzeugung, daß, alles im Leben von Kenntnissen abhängt, und daß nur Schulen sie für Beruf und Leistungen ausbilden können. Ich appelliere mit größtem Nachdruck an alle Amtskreise und Geschäftsleute, jungen Leuten, auch wenn sie keine Diplome haben, zu einem nützlichen Leben zu verhelfen, zu dem sie auf Grund von Charakter und praktischer Veranlagung berechtigt sind."

„In Bezug auf den an Deutschlands Universitäten herrschenden Radikalismus warnte Brüning daß die Hochschulen der Nation nur in einer Atmosphäre von tolerantem Verstehen, die frei von Agitation sei, gedeihen könnten. Wer nur verurteile, ohne die Verhältnisse und Entwicklungen zu verstehen zu suchen, sagte der Kanzler, dem fehle wahrlich der wissenschaftliche Geist.

Bekämpfung der Gottlosen. Im Reichstag hat die Regierung des Reichskanzlers Brüning einen Angriff von linksradikaler Seite abgeschlagen. Ein Mißtrauensantrag, eingereicht von der Kommunisten-Fraktion gegen den Reichsinnenminister Joseph Wirth, wurde mit 271 gegen 66 Stimmen verworfen; 35 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Das Vorgehen des Ministers zur Unterdrückung von Umtrieben der Kommunisten hatte die Kommunisten im Reichstag veranlaßt zu dem Antrag.

Der Hauptgrund für das Auftreten der Kommunisten war Dr. Wirths Reichstagsrede, in welcher er die proletarische „Gottlosen" Kampagne scharf verurteilt und erklärt hatte, er werde eine Ausbreitung der „Gottlosen-Bewegung" mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, dahingehend, daß die Regierung Verhütungsmaßnahmen gegen ein Uebergreifen der „Gottlosen-Internationale" von Moskau nach Berlin anordnen solle, fand nicht die Billigung des Reichstags.

Ein weiterer Antrag der Kommunisten, das von der Reichsfilmbehörde erlassene Verbot der Vorführung des Wandelbildes „Im Westen nichts Neues" zurückzuziehen, wurde ebenfalls abgewiesen. Dagegen wurde eine von den Sozialisten eingereichte Entschließung angenommen, welche die Verbannung des Films für ungerechtfertigt erklärt und die Forderung stellt, die Regierung solle das Verbot in Wiedererwägung ziehen, falls das beanstandete Wandelbild der Filmbehörde zur Wiedererwägung unterbreitet werden sollte.

Französ. Angst vor Fliegerangriffen. „Wenn der „nächste Krieg" morgen seinen Anfang nehmen würde," so erklärte der Abgeordnete Charles de la Salle vor der französischen Abgeordnetenkammer, „so würde keine einzige Stadt in Frankreich vor den Flugzeugen des Feindes sicher sein." Seine Darlegungen erfolgten während der Diskussion über eine Vorlage, die eine Ausdehnung regierungsseitiger Subventionen für die französischen Luftlinien nach Südamerika bis zum 1. August 1944 vorsieht, denen nicht mehr als 80,000,000 Franken (ungefähr $3,200,000) zur Verfügung gestellt werden soll, sowie einen Kapitalzuschuß der Regierung für die Luftpost-Gesellschaft bis zu einer Höhe von 25 Prozent der Gesamtmittel.

De la Salle betonte, daß Frankreich in allen Abteilungen der Luftfahrt schwach sei und nur zwei Flughäfen für Wasserflugzeuge besitze. Er empfahl die Errichtung einer Landungsbasis in Algerien und Korsika, wobei er darauf hinwies, daß Italien eine Basis für Wasserflugzeuge in Sardinien angelegt habe.

George Leygues, der frühere Marineminister, versicherte, daß die Flotte der französischen Wasserflugzeuge „rückständig und praktisch nicht vorhanden" sei.

Verurteilung der russischen „Verräter". Rußlands zweiter großer Verratsprozeß in vier Monaten, der sich gegen 14 hervorragende Menschewiki richtete, die gegenrevolutionärer Tätigkeit beschuldigt wurden, hat mit der Verurteilung der Angeklagten zu 5 bis 10 Jahren Zuchthaus geendet. Der Staatsanwalt hatte gegen sieben der geständigen Angeklagten die Todesstrafe beantragt, aber schon im Laufe der Verhandlungen gewann man allgemein die Ueberzeugung, daß niemand zum Tode verurteilt werden würde und daß eventl. sogar Begnadigungen zu erwarten sind.

Die Urteile lauteten: 10 Jahre Zuchthaus und weitere 5 Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für: Wladimir Grohman, einen bekannten Wirtschaftler, Wasily Scher, Leiter der Staatsbank, Nikolaus Suthanow, Abraham Ginsburg, Mitglied der Obersten Rates für Volkswirtschaft, Michael Jakubowitsch, früheren stellvertretenden Leiter der Proviantabteilung des Handelskommissariats, Iwan Petunin von der Direktion der Zentralgenossenschaften, Alexander Finn-Enotaewsky, Professor für Volkswirtschaft. Acht Jahre Zuchthaus und 3 weitere Jahren Ehrenverlust erhielten: Lazar Zalkin vom Obersten Rate für Volkswirtschaft, Boris Berlatsky vom Obersten Rate für Volkswirtschaft, Wladimir Ikow, Journalist. Zu 5 Jahren Zuchthaus und 2 weiteren Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte wurden verurteilt: Moses Teitelbaum vom Handelskommissariat, Iwan Wolkow vom Obersten Rate für Volkswirtschaft und Isaac Rubin, Professor für Volkswirtschaft.

Der soeben beendete Prozeß hat nicht dasselbe Aufsehen hervorgerufen wie das Verfahren gegen die acht Ingenieure im letzten Dezember. Damals fanden große Demonstrationen statt, in denen die Todesstrafe für die Verschwörer verlangt wurde. Fünf der Angeklagten wurden damals auch zum Tode verurteilt; der Spruch dann aber in zehn Jahre Zuchthaus umgewandelt.

Amerika gegen Anerkennung Rußlands. Das Weiße Haus in Washington ließ soeben erkennen, daß es sich jedem Versuch der Anerkennung Rußlands widersetzt, solange die Anerkennung gegen traditionelle amerikanische Prinzipien verstößt. Wenigstens wird die Erklärung des Weißen Hauses, daß ein von Staatssekretär Stimson beabsichtigtes Studium Sowjetrußlands nicht der Auftakt zu einer Veränderung in den Beziehungen der beiden Länder sei, so ausgelegt. Dagegen verlautete nichts darüber, daß die Untersuchung überhaupt nicht durchgeführt werden soll, obwohl die Ergebnisse des Studiums vielleicht nie veröffentlicht werden mögen.

Die Haltung des Weißen Hauses wurde anläßlich der täglichen Pressekonferenz durch einen der Sekretäre des Präsidenten bekannt gegeben. Dieser Schritt wurde als notwendig betrachtet, nachdem in politischen Kreisen und in der Presse Spekulationen über den wirklichen Zweck des Studiums Stimsons laut wurden. In einigen Artikeln wurde sogar der Vermutung Ausdruck gegeben, daß das Staatsdepartement gar für eine Anerkennung Rußlands eintreten werde. Gegen diese Vermutung wandte sich die Erklärung des Weißen Hauses. (Aber die amerikanischen Kapitalisten machen doch ihre Geschäfte mit dem bolschewistischen Rußland. T. Red.)

Gandhi fordert Unabhängigkeit. Völlige Unabhängigkeit für Indien ist noch immer das Ziel Mahatma Gandhis in seinen Verhandlungen mit Großbritannien, wie er Zeitungskorrespondenten erklärte. Sein Plan für vollständige Selbstregierung mit „disziplinierter Herrschaft von innen" mache es möglich, daß Indien innerhalb des britischen Reiches verbleibe, erklärte der Mahatma und fügte hinzu, daß die „Teilhaberschaft mit England jedoch auf völliger Ebenbürtigkeit beruhen müsse."

„Einige meiner Mitarbeiter glauben, daß britische Staatsmänner sich niemals mit völliger Gleichberechtigung für Indien abfinden werden," sagte Gandhi. „Ich mag ein Träumer sein, aber ich denke anders. Ich sehe den Tag kommen, an dem New Delhi und nicht Downing Street der Mittelpunkt Indiens sein wird. Wenn wir die Unabhängigkeit erreicht haben, wird es nicht unter der britischen, sondern unter einer gemeinsamen Flagge sein. Ich sehe den Tag, an dem es keine Armeen mehr geben wird. Dies wird nicht mehr in meiner Lebenszeit geschehen und es mag Menschenalter dauern, bis selbst die indische Natur sich daran gewöhnt hat, keine Armee zu haben."

Gandhi erklärte weiter, daß er keine Furcht vor einer Invasion der Bolschewisten habe. Wenn die Bolschewisten glaubten, daß sie in Indien eine kommunistische Revolution erreichen könnten, so überschätzten sie die Einfalt der Inder. Was am Bolschewismus Gutes sei, werde Indien auch übernehmen, ohne daß die Sowjets das Land durch einen Einfall zur Ueberzeugung zu bringen brauchten.

Gandhi hofft, daß die neue Indien-Konferenz für den ersten Teil in Indien und den zweiten Teil in London tagen werde. Er bestätigte, daß die Nationalisten auf der Konferenz vollständige Unabhängigkeit verlangen würden. Die im Verfassungsplan vorgeschlagenen Sicherheiten betreffs Verteidigung und Finanzen des Landes sind Gandhi unannehmbar in ihrer gegenwärtigen Form. Der Mahatma ist gegen jeden Widerruf der nationalen indischen Schuld, seine Partei wird jedoch darauf bestehen, daß der indischen Regierung nur gerechte Verpflichtungen auferlegt werden.

„Wenn keine Einigung erzielt werden kann, müssen diese Verpflichtungen von einem Schiedsgericht entschieden werden. Sie könnten dem Völkerbunde unterbreitet werden, doch bezweifle ich, daß England bereit sein wird, die Angelegenheit dem Völkerbunde zu überlassen. Ich bin überzeugt, daß Indiens vollständige Unabhängigkeit so gewiß ist wie Gott und die Sonne am Himmel."

24,000 Inder in Freiheit gesetzt. Nach der kürzlichen Vereinbarung zwischen dem britischen Vizekönig Lord Irwin und dem ind. Nationalistenführer Mahatma Gandhi werden 24,000 politische Strafgefangene, die sich keiner Gewalttätigkeiten schuldig gemacht haben, die Freiheit wiedererlangen. Nie zuvor in der Geschichte des Ostens öffneten sich die Gefängnistore für so viele Gefangene auf einmal. Die erste Gruppe der politischen Gefangenen, die wegen ihrer Anstrengungen um Indiens Befreiung von der britischen Regierung eingekerkert waren, wurde aus verschiedenen Gefängnissen im ganzen Lande entlassen. Weitere Entlassungen sind bereits auf der Heimkehr und jeden Tag folgen noch Entlassungen, bis die Gefängnisse geräumt sind.

Diese Massenamnestie entlastet die Behörden von einer riesigen Verwaltungsbürde und erspart der Regierung die Kosten der Gefangenenverpflegung. Die Strafgefangenen sind in drei Klassen, A, B und C geteilt und die erste Klasse wird zunächst freigelassen, bestehend aus Personen in höherer sozialer Stellung.

„An alle Araber der Welt!" Der Vorstand des Araberverbands in Palästina hat einen Aufruf an alle Araber der Welt erlassen, in welchem er gegen MacDonalds neue Palästinapolitik protestiert und die Glaubensgenossen ermahnt, einhellig dafür einzutreten, daß Palästina ein Araberland bleibt. In dem Aufruf heißt es, MacDonald habe durch sein Schreiben an Chaim Weizmann, den Zionistenführer, das britische Palästina-Weißbuch widerrufen und den Juden neue politische und soziale Rechte eingeräumt. Die Europäer hätten das Arabergebiet aufgeteilt und den Juden die Balfour-Erklärung gegeben, aber alle Araber ständen treu für ihr Land und ihre Religion ein. „Palästina ist arabisch und soll arabisch bleiben," heißt es zum Schluß. „Keine Macht der Welt kann über unser Land gegen den Volkswillen verfügen."

Die Araber in Syrien und in Irak hat der Araberverband Palästinas dazu aufgefordert, den angeordneten Judenboykott mitzumachen. Von der britischen Regierung sei keine Gerechtigkeit zu erwarten. MacDonald habe den letzten Rest des Vertrauens der Araber vernichtet.

Vor einer Umwälzung in der Automobilindustrie?

Der bekannte Erfinder des „Flettner Rotors" und des „Flettner Steuers", der Deutsche Anton Flettner gab in einem in der Technisch-Literarischen Gesellschaft Berlins gehaltenen Vortrag Aufklärungen über ein völlig neuartiges Riesenauto, das nach seinen Plänen von den Krupp-Werken erbaut wird. Nach der Ansicht Flettners ist dieser Kraftwagen geeignet, in der Automobilindustrie eine Umwälzung hervorzurufen.

Das neue Großauto zeichnet sich vor den bisherigen Großauto-Typen in erster Reihe dadurch aus, daß es nicht aus einem einheitlichen Wagen besteht, sondern aus zwei, gelenkig miteinander verbundenen Fahrzeugen. Der vordere kleine Wagen hat die Aufgabe der Lokomotive übernommen und führt die Bezeichnung „Kraftspender". Es ist also auf das Auto das Prinzip der Eisenbahn übertragen worden. Der hintere Wagen ist zur Aufnahme von Fahrgästen, bezw. Last bestimmt. Auf dem „Kraftspender" befindet sich ein Motor von 150 PS. Die Steuerung erfolgt mit einem Bruchteil der bisherigen Kraft. Die Zweiteilung des Riesenautos hat den Vorteil, daß es sehr lenksam ist und selbst auf engen Dorfstraßen kleine Kurven nehmen kann.

Flettner teilte mit, daß das neue Großauto über Geschwindigkeiten von 85 Kilometer in der Stunde verfügt. Auch darin würde ein bedeutender Fortschritt gegenüber den bisherigen Automobilen von ähnlichen Dimensionen bestehen, der besonders im Ueberlandverkehr erheblich ins Gewicht fallen würde. Die Steuerung des kombinierten Wagens erfolgt von dem vorderen Wagen aus automatisch durch Hebelübertragung. Hier ist das „Flettner Ruder", das bereits bei Flugzeugen im Kriege Verwendung fand und später auch auf Schiffen erprobt wurde, auf Automobile übertragen worden. Dadurch ist die Sicherheit der Autobusse und Lastwagen beträchtlich erhöht. Bei jedem Schleudern sind die schweren und großen Autobusse und Lastwagen aufs äußerste bedroht. Das neue Großauto soll durch die neue Steuerung diese Gefahr beseitigen. Der „Kraftspender" hat zwei Räder, neben einem dritten Reserverad, das nur in Betracht kommt, wenn der „Kraftspender" allein fährt. Dann wird das hochgeklappte Rad vermittels eines kleinen Handgriffes heruntergeklappt, so daß der Kraftspender nunmehr als selbständiger Wagen fahren kann. Der hintere Wagen besitzt acht Räder.

Bei der erheblichen Zunahme des Auto-Personen- und Lastenverkehrs in allen Kulturländern wird ein Wagen, der neben der Schnelligkeit auch große Sicherheit und Bequemlichkeit aufweist, voraussichtlich stark begehrt werden.

Aus- und Einwanderung in Oesterreich 1930

Im Jahre 1930 sind aus Oesterreich 4181 Personen ausgewandert gegen 4850 im Vorjahre und 4589 im Jahre 1928. Danach ist auch hier die Auswanderungsziffer wieder gesunken. Von den Berufsgruppen stellten Land- und Forstwirtschaft und Gärtnerei 1223, Industrie einschl. Bergbau 823, die Familienangehörigen ebenfalls 823 Personen. Es folgt in weitem Abstand das Haushaltungspersonal mit 417, kaufmännisches Personal mit 183 usw.

Insgesamt sind seit 1919 66,392 Personen aus Oesterreich ausgewandert, davon 31,415 = 47.31% nach den Ver. Staaten. Als Zielland steht an zweiter Stelle Brasilien mit 13,922, an dritter Argentinien mit 9,904 Personen. Es folgt Canada mit 5,201, die Türkei mit 769, Rußland mit 746, Aegypten mit 482.

Während sich die Zahl der U.S.A.-Einwanderer im Jahre 1930 nur von 1268 auf 1257 verminderte, fiel die Zahl der Argentinien-Auswanderer von 1142 auf 1021, der Canada-Auswanderer von 1032 auf 621 und der Brasilien-Auswanderer von 700 auf 355.

Unter den Herkunftsländern steht 1930 wieder das Burgenland an der Spitze mit 1202. Es folgt Wien mit 1063, Steiermark mit 606, Niederösterreich mit 511, Oberösterreich mit 314, Kärnten mit 240, Vorarlberg mit 113, Tirol mit 89 und Salzburg mit 52 Auswanderern.